

# N9

**Titel** Änderung des Rundfunkstaatsvertrags

**AntragstellerInnen** Hessen-Nord

**Zur Weiterleitung an**

angenommen

mit Änderungen angenommen

abgelehnt

---

## Änderung des Rundfunkstaatsvertrags

- 1 Der Bundeskongress möge beschließen:
- 2 Im Rahmen der Digitalisierung muss die Sozialdemokratie sich für eine Modernisierung und Änderung des
- 3 Rundfunkstaatsvertrags (RStV) einsetzen. Im §2 des RStV steht beschrieben, wie das deutsche Recht Rund-
- 4 funk bewertet. Dies betrifft, in Ermangelung eines modernisierten Gesetzes, auch die Medienangebote, die
- 5 das Internet anbietet. Das führt dazu, dass halbwegs regelmäßige Streams (über YouTube, Twitch und ande-
- 6 re Streamanbieter) ab 500 Zuschauern eine Rundfunklizenz benötigen – die jährlich zwischen 2.500€ und
- 7 10.000€ kosten würde. Vor allem bei geringen Zuschauerzahlen und einer Einschränkung der Rentabilität
- 8 der Content-Erschaffer, würde das faktisch zum Aus von den meisten, wenn nicht allen, Streams in Deutsch-
- 9 land führen. Dies gilt es zu verhindern, da wir davon ausgehen, dass jeder Mensch sich selbst sein mediales
- 10 Unterhaltungsprogramm aussuchen kann. Die Beibehaltung des RStV in der jetzigen Form würde dazu füh-
- 11 ren, dass die Vielfalt im Netz in Deutschland stark eingeschränkt würde, wogegen die SPD sich positionieren
- 12 muss.